



AS (22) RP 2 G
Original: English

BERICHT

**FÜR DEN ALLGEMEINEN AUSSCHUSS FÜR
WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN,
WISSENSCHAFT, TECHNOLOGIE
UND UMWELT**

**BERICHTERSTATTERIN
Fr. Gudrun Kugler
Österreich**

BIRMINGHAM, 2. – 6. JULI 2022

BERICHT FÜR DEN ALLGEMEINEN AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN, WISSENSCHAFT, TECHNOLOGIE UND UMWELT

Berichterstellerin: Fr. Gudrun Kugler (Österreich)

1. EINLEITUNG

Der 2. Allgemeine Ausschuss der OSZE/PV untersucht aktuelle Sicherheitsbedrohungen in Bezug auf Umwelt, Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie und erkundet Möglichkeiten der Zusammenarbeit in diesen und verwandten Bereichen. Die meisten dieser Themen stehen in vielen OSZE-Teilnehmerstaaten ganz oben auf der Tagesordnung und sind für längerfristigen Frieden, Stabilität und nachhaltige Entwicklung in der Region von entscheidender Bedeutung. So ist die Arbeit des Allgemeinen Ausschusses der OSZE/PV für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt zum größten Teil sehr zukunftsorientiert. Das vergangene Jahr hat die tiefe Interdependenz zwischen allen Menschen und Nationen und unserer Heimat, dem Planeten Erde, deutlich gemacht. Vor diesem Hintergrund ist die ethische Dimension politischen Handelns, auch bei den von diesem Ausschuss behandelten Themen, sichtbar geworden.

Bedauerlicherweise ist Europa heute wieder mit einem Krieg konfrontiert – obwohl ganz offenkundig ist, dass Krieg keine Gewinner, sondern nur Verlierer kennt. Ohne Frieden und Freiheit in der europäischen Region ist ein gerechtes und nachhaltiges sozioökonomisches Wachstum für unsere Länder unerreichbar, was die ohnehin schon prekäre Sicherheitslage weiter verschärft.

So verurteilen wir mit Nachdruck die russische Militärintervention in der Ukraine, die dramatische menschliche, wirtschaftliche und ökologische Folgen hat und für die Ziele unseres Ausschusses einen großen Rückschlag darstellt. In dieser Hinsicht ist die Ernährungssicherung für die OSZE-Region und darüber hinaus eine vordringliche Frage, da die Ukraine für viele Länder eine äußerst wichtige Lieferquelle landwirtschaftlicher Erzeugnisse ist, und die weiterreichenden Folgen für die Sicherheit sind unvorhersehbar. Auch die Sicherheitslage rund um die ukrainischen Kernkraftwerke ist besonders besorgniserregend und sollte vorrangig angegangen werden, zum Beispiel durch die Einrichtung „sicherer Zonen“. Schließlich wird die Unterstützung von Millionen Vertriebenen die Haushalte mehrerer Teilnehmerstaaten in einer kritischen Phase erheblich belasten, und öffentliche Mittel, die ursprünglich für andere Erfordernisse vorgesehen waren, werden wahrscheinlich an entscheidenden Stellen fehlen.

Alle OSZE-Teilnehmerstaaten sollten daher wirksame und gut koordinierte Maßnahmen im Wirtschafts- und Umweltbereich in Erwägung ziehen, die auf die Wiederherstellung des weltweiten Friedens und der Sicherheit in der Ukraine abzielen und die zeitlich streng begrenzt und so gestaltet sein sollten, dass die Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung möglichst gering sind. Die OSZE-Teilnehmerstaaten sollten sich auch bereithalten, die Ukraine beim Wiederaufbau ihres Landes, ihrer Wirtschaft

und ihrer Infrastruktur zu unterstützen, sobald Frieden und Sicherheit wiederhergestellt sind.

Mit der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki 1975 haben unsere Teilnehmerstaaten den Zusammenhang zwischen Sicherheit und nachhaltiger Entwicklung unterstrichen. Das umfassende Sicherheitskonzept der OSZE beruht auf der Erkenntnis, dass Kriege und Instabilität nicht nur infolge politischer und militärischer Bedrohungen entstehen können, sondern auch aufgrund von wirtschaftlichen Spannungen, Umweltzerstörung und sozialer Instabilität.

Gleichzeitig hat die COVID-19-Pandemie unsere Region tiefgreifend verändert. Daher sollte dieser Ausschuss die Gelegenheit nutzen, um sicherzustellen, dass wir die Dinge zum Besseren wenden, und konkrete Maßnahmen in allen Bereichen und auf allen Ebenen zugunsten von längerfristigem Frieden und Stabilität fördern. Antworten können jedoch nicht nur auf nationaler Ebene gefunden werden – die Zusammenarbeit in der Region ist der Schlüssel zur Förderung einer ausgewogenen Erholung und zur Verbesserung der Umweltsicherheit. Wie wir mit den Herausforderungen umgehen, die im Fokus des 2. Ausschusses der OSZE/PV stehen, ist weitgehend eine politische Entscheidung. Als Parlamentarier haben wir das Steuer in der Hand: Unsere Aufgabe ist es, für Veränderungen einzutreten, mit unseren Regierungen zu arbeiten, zu kooperieren und den Dialog in der Region zu fördern.

Mit einem eigenen parlamentarischen Beitrag zu diesem Thema wollen wir die laufenden Bemühungen der OSZE ergänzen. Insbesondere hat die OSZE/PV mit dem jeweiligen OSZE-Vorsitz der Jahre 2021 und 2022 und den Durchführungsorganen der Organisation zusammengearbeitet, um die Reichweite ihrer Maßnahmen zu vergrößern. Im Einklang mit den Prioritäten des polnischen Vorsitzes für 2022 unterstützen wir das diesjährige Wirtschafts- und Umweltforum, das auf die Förderung von Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum durch eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung von der COVID-19-Pandemie ausgerichtet ist.

Besonders begrüßen wir zudem, dass der Wirtschafts- und Umweltausschuss der OSZE weiterhin einen Schwerpunkt auf Umweltsicherheit legt, und freuen uns darauf, aktiv zu seinen Debatten beizutragen. Dass der OSZE-Ministerrat bei seinem letzten Treffen in Stockholm den wegweisenden Beschluss Nr. 3/21 über die Stärkung der Zusammenarbeit zur Bewältigung der durch den Klimawandel verursachten Herausforderungen angenommen hat, zeigt, wie entscheidend diese Fragen für unsere Zukunft sind. Die OSZE/PV begrüßt auch den Arbeitsplan 2022 des Büros des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE und die angebotene Hilfe für die Teilnehmerstaaten bei der Umsetzung wirtschaftlicher und ökologischer Verpflichtungen als Beitrag zur Sicherheit und Stabilität in der OSZE-Region.

Bis heute haben wir unseren Planeten ziemlich gnadenlos ausgebeutet. Dafür bekommen wir jetzt die Rechnung. Wird es uns gelingen, in Harmonie miteinander und, was vielleicht noch wichtiger ist, mit dem Planeten zu leben, der uns großzügig beherbergt? Werden wir Wege finden, um die vielen kritischen Sicherheitsprobleme in Bezug auf Umwelt und Wirtschaft wirksam zu bewältigen? Wie können wir Wissenschaft und Technologie am besten nutzen, um unsere gemeinsame Sicherheit zu untermauern, anstatt sie zu gefährden? Dies sind nur einige der entscheidenden Fragen, mit denen wir uns dringend beschäftigen müssen.

2. Wirtschaftliche Sicherheit

2.1 Nachhaltige wirtschaftliche Erholung

Konjunkturpakete und verstärkte Zusammenarbeit aller Akteure in nie dagewesenem Ausmaß und ein beispielloses Tempo beim Ausbau digitaler Kompetenzen in allen Gesellschaftsschichten haben die durch die COVID-19-Pandemie ausgelöste sozioökonomische Krise geprägt. Dennoch sind die zerstörerischen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf Wachstum und Entwicklung nach wie vor offenkundig. Vor diesem Hintergrund bleibt die Förderung von Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum durch eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung von der COVID-19-Pandemie von zentraler Bedeutung.

Die Stärkung der wirtschaftlichen Resilienz erfordert vermehrte globale Zusammenarbeit, auch auf regionaler Ebene, weswegen Organisationen wie der OSZE bei der Förderung nachhaltigen Wachstums, inklusiver Arbeitsmärkte und der Gleichstellung von Frauen und Männern eine wichtige Rolle zukommt. Der Ministerratsbeschluss von Stockholm zum Klimawandel liefert eine Vorlage für die Einbeziehung dringend notwendiger Überlegungen zum Klimawandel in die aktuellen Anstrengungen zur Erholung von COVID-19 und für eine verstärkte Zusammenarbeit zur Minimierung seiner Auswirkungen.

Eine ausgewogene Politik und wirksame öffentlich-private Partnerschaften werden entscheidend sein, um die am stärksten betroffenen Wirtschaftssektoren zu unterstützen und gleichzeitig innovative Unternehmensformen zu fördern. Sinnvolle Investitionen werden wesentlich dazu beitragen, eine langfristige, resiliente und nachhaltige Erholung herbeizuführen. Letztlich sind erhöhte Investitionen und die Förderung von Innovationen Herzstück langfristigen Wirtschaftswachstums und gehen Hand in Hand mit den Herausforderungen der grünen und digitalen Transformation.

So liegt der Schlüssel zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Erholung von der COVID-19-Pandemie in der Stärkung der bilateralen, regionalen und globalen Zusammenarbeit, unter anderem durch die beschleunigte Einführung umweltfreundlicher Technologien, die Nutzung von Technologie zur Förderung wirtschaftlicher Veränderung und Vernetzung sowie die Unterstützung der Humankapitalentwicklung.

Im Geist gemeinsamer Verantwortung – und nicht kurzsichtiger Selbstbezogenheit – müssen wir zusammen daran arbeiten, gerechtere, umweltfreundlichere und nachhaltigere Wirtschaftsmodelle zu entwickeln und dabei niemanden zurückzulassen.

2.2 Demografische Herausforderungen

Es ist eine bemerkenswerte Errungenschaft und ein charakteristisches Merkmal allgemeiner Stabilität und Prosperität, dass die Menschen in der OSZE-Region immer länger und gesünder leben. Erreicht wurde dies durch ein effizientes Zusammenspiel

von Politik, die öffentliche Gesundheit und soziale Inklusion stärkt, und großartigen technologischen und wissenschaftlichen Durchbrüchen in verschiedenen Bereichen. Damit eine solche Leistung auf Dauer erhalten bleibt, werden der Austausch zwischen den Generationen, Initiativen gegen Einsamkeit im Alter und Gesundheitsprogramme, einschließlich zugänglicher Telemedizin, sowie eine umfassende Hospiz- und Palliativversorgung immer wichtiger, um Gesundheit und Lebensqualität im Alter für alle abzusichern. Ich begrüße die Anstrengungen unserer Sonderbeauftragten für die Anliegen älterer Menschen, Frau Paola Taverna (Italien), in diesem komplexen Umfeld.

Leider haben stagnierende Geburtenraten und hohe Abwanderungstendenzen in einigen Gebieten der OSZE-Region zu einem alarmierenden Bevölkerungsschwund geführt. Der demografische Wandel wirkt sich sowohl auf den wirtschaftlichen Wohlstand als auch auf die künftige Leistungsfähigkeit der Sozialversicherungssysteme aus. Der sich in einigen Gebieten infolge von sinkenden Geburtenraten und von Migrationsbewegungen selbst verstärkende Bevölkerungsrückgang wird mehr und mehr zu einer Herausforderung für Infrastrukturen, Regionen und Gemeinschaften.

In vielen Teilnehmerstaaten übersteigt die Sterberate die Geburtenrate: Der Anteil der über 80-Jährigen in der EU hat sich in den letzten zwanzig Jahren fast verdoppelt, die Lebenserwartung steigt weiter, und das Durchschnittsalter ist seit 2001 von 38,4 auf 44 Jahre gestiegen.¹ Migrationspolitiken, die dieses Defizit ausgleichen sollten, sind der Herausforderung nicht gerecht geworden und zudem mit einigen Problemen behaftet: von den Schwierigkeiten bei der Integration bis hin zur Abwanderung von Fachkräften aus den Herkunftsländern.

Für die wirtschaftliche Sicherheit und Stabilität in der OSZE-Region ist es daher von größtem Interesse, solche demografischen Veränderungen nicht nur zu beobachten, sondern auch einen Dialog auf mehreren Ebenen zur Ermittlung möglicher Ursachen, wahrscheinlicher Folgen und geeigneter nachhaltiger Gegenstrategien zu fördern. Um Generationennachhaltigkeit und strukturelle Solidarität sicherzustellen, sollten wir einem weiteren Rückgang der Geburtenraten vorbeugen, unter anderem indem wir junge Menschen stärken und all jene, die Kinder haben wollen, angemessen unterstützen.

Eine Möglichkeit, dies zu erreichen, könnte die Einführung verschiedener familienunterstützender Maßnahmen einschließlich Steuervorteilen sein. Ein weiterer wichtiger Faktor wird die Steigerung der langfristigen Effizienz der Gesundheits- und Sozialsysteme sein, wozu auch eine erhöhte Attraktivität der Pflegeberufe gehören sollte. In Regionen mit stärker ausgeprägter „Entvölkerung“ sollte besonderes Augenmerk darauf gelegt werden, Menschen für ein Leben in diesen Gebieten zu gewinnen, unter anderem durch Investitionen in die notwendige Infrastruktur, Digitalisierung, flexibles und autonomes Arbeiten, generationenübergreifende Wohnformen, Telemedizin und verbesserte Lebensqualität.

Bedauerlicherweise wird diesen demografischen Veränderungen nicht immer die gebührende Aufmerksamkeit zuteil. Parlamentarische Arbeitsgruppen ebenso wie

¹ Vgl. <https://ec.europa.eu/eurostat/cache/digpub/demography/bloc-1c.html?lang=en>

Regierungsstellen sollten sich daher gezielt den Herausforderungen widmen, die sich aus aktuellen demografischen Trends ergeben, und angemessene Antworten entwickeln, um Stabilität und Wohlstand in der gesamten Region zu fördern.

2.3 Wirtschaftliche Interdependenz

Einerseits wurde die Vertiefung der internationalen wirtschaftlichen Verflechtung und Globalisierung in den letzten dreißig Jahren durch die Öffnung des internationalen Handels und die Nutzung von Computern und elektronischer Kommunikation vorangetrieben. China hat in diesem Zusammenhang eine herausragende Rolle gespielt, in hohem Maß von diesem Prozess profitiert und seine Produktions-, Kommunikations- und Vertriebsnetze schrittweise ausgebaut. China hat auch kontinuierlich in ausländische Häfen, Verkehrseinrichtungen und Bergbauanlagen, vor allem in Entwicklungsländern, investiert.

Während in vielen Teilnehmerstaaten strenge Vorschriften gelten, wonach staatliche Beihilfen ausgeschlossen sind und nationale Ausfuhrkreditanstalten Kredite zu marktüblichen Zinssätzen vergeben müssen, sind chinesische Unternehmen nicht an diese Auflagen gebunden. Das ermöglicht eine Verzerrung des Wettbewerbs, etwa durch Preisdumping.

Außerdem kann der Kauf chinesischer Produkte zur Ausbeutung ethnischer und religiöser Minderheiten durch Zwangssysteme und Zwangsarbeit in und um China beitragen, wie das Beispiel der Uiguren zeigt.²

Die Teilnehmerstaaten sollten daher ihre Frequenzauktionspolitik, den Verkauf von Infrastruktur und Unternehmen, die Energieversorgung, den Kauf wichtiger Kommunikations- und Sicherheitstechnologie und ihr Schuldenmanagement im Hinblick auf die Wahrung ihrer wirtschaftlichen Sicherheit, auch gegenüber China, überdenken. Genauer gesagt ist es äußerst wichtig, dass eine gesunde wirtschaftliche Interdependenz nicht zu einer übermäßigen politischen Abhängigkeit von externen Akteuren und dem Verlust erheblicher Teile staatlicher Souveränität führt.

Andererseits sind die wirtschaftlichen Beziehungen in Teilen der OSZE-Region infolge der COVID-19-Pandemie und des Kriegs in der Ukraine angespannt, der Welthandel und die globale Konnektivität leiden unter zahlreichen Schocks bei Versorgung, Verteilung und Verbrauch, und das Vertrauen zwischen einigen Teilnehmerstaaten schwindet deutlich. Die von vielen OSZE-Teilnehmerstaaten nach der militärischen Aggression in der Ukraine verhängten harten Wirtschaftssanktionen belasten die Wirtschaftsbeziehungen in der OSZE-Region weiter und wirken sich negativ auf die Bürger aus.

Während alle Regierungen aufgerufen sind, Völkerrecht, Handelsregeln und Vereinbarungen zu achten, müssen die OSZE-Teilnehmerstaaten umsichtig sein und ihre Wirtschaftspolitik und ihre Investitionen auf die Bedürfnisse und Prioritäten der Region zuschneiden. Zu diesem Zweck sind eine verstärkte Zusammenarbeit und eine angemessene Diversifizierung der Versorgungsketten nach wie vor Schlüssel zur Gewährleistung regionaler Stabilität. Wirtschaftssanktionen können zwar vor allem in

² <https://www.theguardian.com/global-development/2020/jul/23/virtually-entire-fashion-industry-complicit-in-uighur-forced-labour-say-rights-groups-china>

Zeiten grober Verstöße gegen das Völkerrecht und inakzeptabler Verluste an Menschenleben ein wirksames Mittel politischer Überzeugungsarbeit sein, doch müssen sie zeitlich begrenzt und so gestaltet sein, dass die Zivilbevölkerung möglichst wenig beeinträchtigt wird.

2.4 Migrationssteuerung

„Der Mensch ist das Wertvollste auf der Welt. Es ist der Mensch, der den sozialen Fortschritt vorantreibt, gesellschaftlichen Wohlstand schafft, Wissenschaft und Technik entwickelt und durch harte Arbeit beständig die menschliche Umwelt verändert“, heißt es in der Erklärung der Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen. In einer globalisierten Welt hängt das Wohlergehen der einen vom Wohlergehen der anderen ab. Deswegen ist es so wichtig, die sozioökonomische Entwicklung innerhalb und außerhalb der OSZE-Region, besonders in Afrika, zu fördern.

Eine verstärkte Zusammenarbeit mit Drittländern in Wirtschafts- und Umweltangelegenheiten trägt daher wesentlich dazu bei, die regionale Stabilität zu erhöhen und unkontrollierte Migrationsströme und die sich daraus ergebenden destabilisierenden Auswirkungen auf die europäische Sicherheit zu verhindern. In diesem Zusammenhang kommt es stark darauf an, die Abwanderung von Fachkräften zu verhindern und eine funktionierende lokale Wirtschaft zu fördern.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit muss an die tatsächliche Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit, eine funktionierende Verwaltung und individuelle Selbstbestimmung geknüpft sein, was die Demokratisierung stärkt und die Bildungs- und Beschäftigungschancen erhöht. Vor allem ist die besondere Rolle der Frauen in der Entwicklung anzuerkennen: Die wirtschaftliche Selbstbestimmung von Frauen und Mädchen ist eine Form der Teilhabe und ein Schritt in Richtung Chancengleichheit.

In wirtschaftlich weiter entwickelten, freieren und gerechteren Gesellschaften mit ausreichenden Beschäftigungsmöglichkeiten für alle, auch für Angehörige nationaler Minderheiten, werden sich Bürger in der Heimat sicherer und geschützter fühlen und ihr Glück weniger im Ausland suchen.

Es scheint dringend angezeigt, Migrationsströme im Kontext von Arbeit und Entwicklung sowie im zunehmend relevanten Kontext von Klima und Umweltverschmutzung zu untersuchen. So sind wirtschaftliche Entwicklung, praktische Hilfe in den Herkunftsländern und ein entschlossenes Vorgehen gegen die Klimakrise geeignet, Schubfaktoren gegenzusteuern.

Gleichzeitig sollen die OSZE-Teilnehmerstaaten die Grenzsicherheit erhöhen, von verzweifelte Migranten profitierende Schleusernetze zerschlagen und eine wirksame, nachhaltige und menschenrechtskonforme Migrationssteuerung fördern, unter anderem durch Koordinierung zwischen den Ländern, den Austausch bewährter Verfahren und mit Unterstützung seitens der zuständigen internationalen Organisationen, um den Herausforderungen der Migration zu begegnen. Möglichkeiten der legalen Migration sollten, wo es sinnvoll ist, entsprechend erweitert werden, damit nicht nur Stellen mit hohen, sondern auch solche mit geringeren Qualifikationsanforderungen besetzt werden können.

Um die positiven Auswirkungen der Migration auf die sozioökonomische Entwicklung der Herkunfts- und Zielländer sowie der Migranten selbst zu maximieren, fördert das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten (OCEEA) der OSZE die Umsetzung der internationalen und der OSZE-Verpflichtungen im Bereich der Migrationssteuerung, darunter der Ministerratsbeschluss von 2009 über Migrationssteuerung und der Ministerratsbeschluss von 2016 über die Rolle der OSZE bei der Gestaltung und Steuerung großer Migranten- und Flüchtlingsbewegungen.

Da der Lebensstandard in der OSZE-Region sehr unterschiedlich ist, sollten Schritte unternommen werden, um bestehende Ungleichheiten abzubauen und den Lebensstandard und die Chancen in der gesamten Region zu verbessern.

So wird eine umfassende wirtschaftliche Entwicklung in der OSZE-Region und darüber hinaus die Sicherheit der Bürger fördern und die geopolitische Stabilität stärken.

2.5 Bekämpfung des Menschenhandels in einer globalisierten Wirtschaft

Anlässlich der Wintertagung 2022 der OSZE/PV hielt der 2. Ausschuss eine Sonderdebatte über Menschenhandel in einer globalisierten Wirtschaft ab. Menschenhandel ist ein komplexes Verbrechen und seine Bekämpfung vor Ort erfordert besondere Fähigkeiten und Instrumente. Die Einrichtung von Spezialeinheiten zur Bekämpfung des Menschenhandels, verstärkte behördenübergreifende Zusammenarbeit und gemeinsame Ermittlungsteams im Einsatz gegen komplexe grenzüberschreitende kriminelle Netzwerke haben sich als Verfahren zur Bekämpfung der Händler und zur Unterstützung der Opfer bewährt.

Heute ist die Verbindung von Technologie und Menschenhandel eines der bestimmenden Themen des globalen Gesprächs über die Anstrengungen zur Beendigung des Menschenhandels. Da die Opfer vor allem auf dem Sexmarkt zunehmend online angeworben und ausgebeutet werden, müssen die Länder ihre Rahmenregelungen zur Bekämpfung des Menschenhandels aktualisieren, um der vorherrschenden Rolle, die der Missbrauch von Technologie beim Menschenhandel spielt, Rechnung zu tragen. Dies gilt sowohl für die nationale Politik und Praxis als auch für die internationale Zusammenarbeit, beispielsweise in Fällen, in denen Opfer, Täter, Dienstenutzer und Server aus verschiedenen Ländern stammen.

Es ist erschreckend, dass Zwangsarbeit immer häufiger bei der Produktion von Gütern und Dienstleistungen, die unsere Regierungen regulär beschaffen, eingesetzt wird. Unkritische Käufe können ungewollt Menschenhandel und Zwangsarbeit fördern, fairen wirtschaftlichen Wettbewerb untergraben, Anreize für Menschenrechtsverletzungen schaffen und kriminelle Gruppen finanzieren. Lieferketten werden in Zukunft stärker reguliert werden, und so müssen alle Teilnehmerstaaten ihre nationale Politik zugunsten eines anhaltenden ethischen Engagements ihrer Unternehmen auf dem globalen Markt anpassen.

Eine der wirksamsten Möglichkeiten, den Menschenhandel zum Zweck der Zwangsarbeit zu unterbinden und zu verhindern, ist die Ausschaltung des Marktes für Güter und Dienstleistungen, die von Opfern des Menschenhandels produziert werden, durch ein auf Information gestütztes und von Ethik geleitetes Kaufverhalten. Zur

Operationalisierung dieses Konzepts haben die Parlamente in der gesamten OSZE-Region zunehmend Rechtsvorschriften zur Verhütung des Menschenhandels in Lieferketten erlassen. Indem sie strategisch auf die Lieferketten einwirken, nutzen die Staaten die Macht der „Nachfrage“, um den Menschenhandel zu bekämpfen und das Geschäftsmodell des Menschenhandels zu zerschlagen. Die entsprechenden Gesetzgebungsinstrumente können grob in vier Gruppen unterteilt werden: Einfuhrverbote, Meldegesetze, Offenlegungsgesetze und Sorgfaltspflichtgesetze.

Auch internationale Organisationen – darunter die OSZE – spielen bei der Bekämpfung des Menschenhandels eine wichtige Rolle, indem sie Normen setzen, Programme der technischen Hilfe durchführen und sicherstellen, dass ihre eigenen Lieferketten nicht zum Menschenhandel beitragen. Hier leisten der OSZE-Sonderbeauftragte und Koordinator für die Bekämpfung des Menschenhandels, Valiant Richey, und der Sonderbeauftragte der OSZE/PV für Fragen des Menschenhandels, Christopher H. Smith, wegweisende Arbeit bei der Förderung einer Politik, die Menschenhandel verhindert, indem sie bei der Nachfrage ansetzt, die Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung³ und bei der Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen begünstigt.

2.6 Korruptionsbekämpfung

Korruption wird zunehmend systemisch und betrifft alle Länder der Welt. In verschiedenen Formen und Ausprägungen zerstört sie politische, wirtschaftliche und soziale Systeme. Insofern ist die Korruptionsbekämpfung ein Querschnittsthema und kein eigener Politikbereich.

Die mangelnde Transparenz bei der Arbeit öffentlicher Einrichtungen und die weithin wahrgenommene Korruption in öffentlichen Ämtern schmälern weiterhin das Vertrauen der Bürger in demokratische Institutionen und Prozesse. In diesem Zusammenhang tragen Initiativen für offene Daten entscheidend dazu bei, freien und ungehinderten Zugang zu Informationen über öffentliche Aufträge und Ausschreibungen sicherzustellen. Außerdem zeigt die Erfahrung, dass die Tür für Korruption, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung offen bleibt, wenn der tatsächliche wirtschaftliche Eigentümer privater Unternehmen, die mit öffentlichen Einrichtungen oder Geldern zu tun haben, nicht bekannt ist. Daher sollten in der gesamten OSZE-Region solide Rechtsvorschriften zum tatsächlichen wirtschaftlichen Eigentum erarbeitet und ordnungsgemäß umgesetzt werden.

Auch die COVID-19-Pandemie ist eine enorme Herausforderung für transparente, verantwortungsvolle und wirksame Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit. Korruption hat oft wesentlich dazu beigetragen, dass die Reaktion auf die Pandemie nur zögerlich erfolgte. Kurz gesagt sollten die Staaten einen ganzheitlichen, eine Vielzahl von Akteuren einbindenden Ansatz verfolgen, indem sie unter anderem für eine stärkere Partizipation zivilgesellschaftlicher Gruppen sorgen, untersuchen, wie öffentliche Mittel eingesetzt werden, und auf Rechenschaftslegung drängen.

³ Occasional Paper of the [Office of the Special Representative and Co-ordinator for Combating Trafficking in Human Beings](https://www.osce.org/cthb/489388), 10. Juni 2021, <https://www.osce.org/cthb/489388>

Interparlamentarische Foren wie die OSZE/PV sollten sich weiterhin für politische Konvergenz bei der Bekämpfung von Korruption, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung einsetzen und intensiv daran arbeiten, den politischen Willen zur kontinuierlichen Umsetzung der Verpflichtungen in Bezug auf gute Regierungsführung auf nationaler Ebene zu stärken. Die Konferenz der OSZE/PV über die Rolle nationaler Parlamente bei der Bekämpfung der Korruption und der Verteidigung der Demokratie (*Combating Corruption, Defending Democracy: The Role of National Parliaments*), die am 27. und 28. Mai 2022 vom Parlament Zyperns in Nikosia ausgerichtet wurde, ist dafür ein gutes Beispiel.

Ein solches verstärktes parlamentarisches Engagement schlägt sich im Beschluss des OSZE-Ministerrats von 2020 über die Verhütung und Bekämpfung der Korruption durch Digitalisierung und erhöhte Transparenz entsprechend nieder. In diesem Kontext sollten sich die Parlamente proaktiv dafür einsetzen, dass die Unabhängigkeit der wichtigsten nationalen Akteure im Bereich der Korruptionsbekämpfung, wie Justiz, Staatsanwaltschaft, Beschwerdestellen, Rechnungskontroll- und Korruptionsbekämpfungsbehörden, vor politischer oder sonstiger Einmischung geschützt wird. So sollten zum Beispiel relevante Ernennungen der Zustimmung des Parlaments bedürfen, und die Parlamente sollten sicherstellen, dass Mandate und Ressourcen zweckentsprechend sind.

Ferner üben Journalisten eine Kontrollfunktion in Bezug auf Unzulänglichkeiten der öffentlichen Verwaltung aus, indem sie Pflichtverletzungen aufdecken und öffentlich machen und gegen Straffreiheit kämpfen. Damit sie ihre Rolle bei der Korruptionsbekämpfung wirksam wahrnehmen können, müssen Journalisten frei und unabhängig sein, und das Medienumfeld muss pluralistisch, sicher und vor unzulässiger Einflussnahme geschützt sein.

Internationale Organisationen wie die OSZE sind auch eine bevorzugte Plattform für den Austausch bewährter Verfahren, die Entwicklung koordinierter Reaktionen und die Förderung strategischer Partnerschaften zwischen den wichtigsten Akteuren in diesem Bereich, darunter Parlamente, Regierungen, die Zivilgesellschaft, die Wirtschaft, die Medien und die Jugend. In dieser Hinsicht leisten die Sonderbeauftragte der OSZE/PV für Korruptionsbekämpfung, Irene Charalambides, und die Sonderbeauftragte der OSZE für Korruptionsbekämpfung, Professorin Anita Ramasastry, bemerkenswerte Arbeit, um in die Tätigkeit der Organisation zur Förderung guter Regierungsführung politische Dynamik und Fachkompetenz einzubringen.

3. Umweltsicherheit

3.1 Nachhaltige Entwicklung

Die Umsetzung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen, die wirtschaftliche und ökologische Überlegungen mit globaler Sicherheit verbindet, ist ein wesentlicher Beitrag zur Stärkung des Multilateralismus und zur Förderung dauerhaften Friedens. Da die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) eng miteinander verknüpft sind, wirken sich Maßnahmen in einem Bereich auf die Ergebnisse in anderen Bereichen

aus. Demnach ist es zwingend erforderlich, bei der Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft soziale, wirtschaftliche und ökologische Nachhaltigkeit in Einklang zu bringen.

In dieser Hinsicht begrüße ich die Bemühungen unseres Vizepräsidenten Askar Shakirov (Kasachstan), der sich seit seiner Ernennung zum Sonderbeauftragten der OSZE/PV für die Ziele für nachhaltige Entwicklung im August 2021 dafür einsetzt, das Engagement der Versammlung für Fragen im Zusammenhang mit der Verwirklichung der SDGs und der Agenda 2030 der Vereinten Nationen zu fördern, häufig in Partnerschaft mit unserem 2. Ausschuss.

Tatsächlich bildet die Agenda 2030 auch einen strategischen Rahmen für die Bemühungen des Allgemeinen Ausschusses der OSZE/PV für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt. Im Einklang mit dem Fokus unserer Arbeit sind die SDGs darauf ausgerichtet, niemanden zurückzulassen und globalen wirtschaftlichen Fortschritt mit sozialer Gerechtigkeit und der Erhaltung unserer Umwelt zu vereinen. So haben wir im Rahmen unseres parlamentarischen Webdialogs zu wissenschaftlichen Erkenntnissen über den Zusammenhang zwischen Umweltsicherheit und öffentlicher Gesundheit als Grundlage für die Politikgestaltung (*Framing the Environmental Security - Public Health Nexus: Science Informs Policymaking*) im Mai 2021 die Wechselbeziehung zwischen den Zielen Nr. 3 (Gesundheit und Wohlergehen), Nr. 8 (Wirtschaftswachstum) und Nr. 15 (Leben an Land) näher betrachtet.

Angesichts der entscheidenden Rolle, die Energie bei der Befuerung unserer Entwicklung und der Gestaltung unsere Sicherheit spielt, haben wir kürzlich auch eine interessante Grundsatzdebatte über die Revolution der sauberen Energie und ihre Auswirkungen auf die OSZE-Region (*The Clean Energy Revolution and its Implications for the OSCE Region*) geführt. Auf dieser Veranstaltung konnten wir die Ziele Nr. 7 (bezahlbare und saubere Energie), Nr. 9 (Industrie und Innovation) und Nr. 12 (verantwortungsvolle Produktions- und Konsummuster) stärker in den Blick nehmen, was unseren Eindruck festigte, dass systematischer Wandel unvermeidlich ist und dass dies sowohl unsere Politik als auch unser Verhalten betreffen wird.

Schließlich haben wir, aufbauend auf den Zielen Nr. 13 (Klimaschutz), Nr. 11 (nachhaltige Städte und Gemeinden) und Nr. 17 (Partnerschaften), den Regierungen der OSZE-Teilnehmerstaaten dringend empfohlen, die Klimakrise entschlossen, kohärent und kooperativ im Einklang mit Buchstaben und Geist des Übereinkommens von Paris anzugehen. Dies geschah in Form eines sehr angebrachten und detaillierten parlamentarischen Plädoyers für entschlossenen Klimaschutz (*Parliamentary Plea for Resolute Climate Action*), das anlässlich der COP26 im vergangenen November von der Leitung des Wirtschafts- und Umweltausschusses der OSZE/PV gemeinsam mit den Gesandten der Präsidentin für arktische Angelegenheiten und die Ziele für nachhaltige Entwicklung veröffentlicht wurde.

In diesem Sinn werden wir als Parlamentarier weiterhin als starke Kräfte des Wandels auf nationaler wie internationaler Ebene agieren. Auf nationaler Ebene müssen wir die korrekte Umsetzung der SDGs durch unsere Regierungen überwachen und von ihnen in diesem Bereich Rechenschaft fordern. Auf internationaler Ebene müssen wir uns in der OSZE/PV und darüber hinaus dafür einsetzen, gewonnene Erkenntnisse

auszutauschen und kooperative Anstrengungen zur fristgerechten Umsetzung der SDGs zu unternehmen.

3.2 Klimawandel

Wir sind uns bewusst, dass die Vision umfassender Sicherheit ohne die Bewältigung der Klima- und Umweltkrise nicht zu verwirklichen ist. Letztlich kann es ohne Klimasicherheit weder politisch-militärische, wirtschaftliche und ökologische noch menschliche Sicherheit geben. Im jüngsten Bericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC) der Vereinten Nationen⁴ wird zu Recht unterstrichen, dass die Bedrohung, die der Klimawandel für das menschliche Wohlergehen und die Gesundheit des Planeten darstellt, eindeutig ist und dass menschliche und natürliche Systeme zusätzlichen schwerwiegenden Risiken ausgesetzt sein werden, von denen einige irreversibel sind.

Daher müssen wir unsere kooperativen Anstrengungen dringend neu ausrichten auf die Gestaltung eines wirklich nachhaltigen, CO₂-neutralen Entwicklungsmodells, bei dem ökologische, wirtschaftliche, soziale und gesundheitliche Faktoren korrekt einberechnet und ausgewogen berücksichtigt werden.

Um dieses Ziel zu erreichen – was in den kommenden Jahrzehnten zweifellos tiefgreifende wirtschaftliche, soziale und kulturelle Veränderungen mit sich bringen wird – brauchen wir eine starke politische Führung, eine gemeinsame Vision und ein gemeinsames Verantwortungsbewusstsein. Wir müssen die besten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse nutzen und Innovationen beschleunigen, um eine wirksame, langfristige, globale Antwort auf den Klimawandel zu finden, eine Antwort, die Wirtschaftswachstum fördert und Armut mindert.

Im Oktober letzten Jahres vertrat der Vorsitzende Pere Joan Pons die OSZE/PV auf der parlamentarischen Tagung im Vorfeld der COP26 in Rom, wo er unter anderem erneut auf den Zusammenhang zwischen Klima, öffentlicher Gesundheit und Sicherheit hinwies und die Schlüsselrolle der Parlamentarier bei der Überwachung der Umsetzung der klimabezogenen Verpflichtungen betonte.

Vor diesem Hintergrund haben wir in unserem [parlamentarischen Plädoyer für entschlossenen Klimaschutz](#)⁵ vom 5. November 2021 die Regierungen der OSZE-Teilnehmerstaaten nachdrücklich aufgefordert, sich mit Blick auf die Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 1,5 Grad zu zunehmend ehrgeizigen Emissionsreduktionszielen zu verpflichten. Bemerkenswerterweise griffen die OSZE-Teilnehmerstaaten unseren Appell sofort auf und nahmen den wegweisenden Ministerratsbeschluss über die Stärkung der Zusammenarbeit zur Bewältigung der durch den Klimawandel verursachten Herausforderungen an, der einen nachdrücklichen und sehr willkommenen Hinweis auf die solide Arbeit der OSZE/PV und ihrer Parlamentarier in diesem Bereich enthält.

Demnach sind konzertierte Anstrengungen zur Minderung des Klimawandels und zur Anpassung daran dringend erforderlich, unter anderem durch verstärkte internationale

⁴ <https://report.ipcc.ch/ar6wg2/>

⁵ www.oscepa.org/en/documents/officers-of-the-assembly/4288-parliamentary-plea-for-resolute-climate-action-8-november-2021/file

Zusammenarbeit, Know-how-Transfer, technologische Entwicklung, einen starken wissenschaftlichen Ansatz und finanzielle Unterstützung. Wir müssen die Klimakrise entschlossen, kohärent und kooperativ angehen – im Einklang mit Buchstaben und Geist des Übereinkommens von Paris⁶.

Als Parlamentarier werden wir im Namen unserer Bürger auf nationaler Ebene über die Verpflichtungen von Paris wachen und sicherstellen, dass diese von den Regierungen rigoros eingehalten werden, unter anderem durch:

- *MINDERUNG* – bis Mitte des Jahrhunderts weltweit Netto-Null-CO₂-Emissionen sicherstellen und 1,5 Grad erreichbar halten.
- *ANPASSUNG* – Gemeinschaften und natürliche Lebensräume schützen.
- *FINANZIERUNG* – Mittel für Anpassungs- und Minderungsmaßnahmen mobilisieren.

Eine Kombination von Ansätzen für spezifische Maßnahmen in den Sektoren mit dem höchsten Treibhausgasausstoß⁷ und für die Verbesserung der allgemeinen Transparenz und Öffentlichkeitsbeteiligung kann uns unseren Zielen für die Mitte des Jahrhunderts näher bringen. Die meisten Minderungsmaßnahmen sind mit positivem Zusatznutzen verbunden, darunter neue Geschäftsmöglichkeiten, die bessere Einhaltung von Umweltvorschriften, gesundheitliche Vorteile durch bessere Luft- und Wasserqualität vor Ort, bessere Arbeitsbedingungen und weniger Abfall.⁸ Bei der Umsetzung diversifizierter nationaler Minderungsmaßnahmen wird es darauf ankommen, deren endgültigen ökologischen Fußabdruck korrekt zu bewerten, potenzielle kurz- und langfristige Schocks für unsere Volkswirtschaften, Arbeitsmärkte und sozialen Beziehungen zu verhindern und effektiv niemanden zurückzulassen. Neue Formen der Armut, zum Beispiel Energiearmut, sind zu vermeiden, und die Bezahlbarkeit, Verfügbarkeit und Sicherheit von Energie muss gewährleistet sein.

Außerdem sind die Anpassungsplanung und -umsetzung Lernprozesse, die Investitionen in Wissen und Forschung, die Einbindung der Akteure und gemischte Ansätze auf allen Ebenen erfordern.⁹ In Anbetracht der unterschiedlichen Auswirkungen des Klimawandels auf verschiedene Regionen und Personen erscheint es dringend angezeigt, einen gemeindenahen Ansatz zu unterstützen, der auf die Prioritäten, Bedürfnisse, Kenntnisse und Fähigkeiten lokaler Gemeinschaften ausgerichtet ist, damit die Menschen für die Auswirkungen des Klimawandels planen und damit umgehen können.

⁶ Im Oktober 2021 wurde ein Meilenstein beim globalen Klimaschutz erreicht: Als letzter OSZE-Teilnehmerstaat hat die Türkei das Übereinkommen von Paris ratifiziert.

⁷ Der jüngste [IPCC-Bericht](#) nennt für die weltweiten Emissionen der verschiedenen Sektoren die folgenden Werte: Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung – 25 %; Landwirtschaft und andere Landnutzung – 24 %; Gebäude – 6,4 %; Industrie – 21 %; Verkehr – 14 %; sonstige Energie (außer Elektrizitäts- oder Wärmeerzeugung) – 9,6 %.

⁸ [IPCC, 2014: Technical Summary. In: Climate Change 2014: Mitigation of Climate Change. Contribution of Working Group III to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change, S. 85](#)

⁹ [IPCC, 2014: Adaptation Planning and Implementation. In: Climate Change 2014: Impacts, Adaptation, and Vulnerability. Part A: Global and Sectoral Aspects. Contribution of Working Group II to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change, S. 871](#)

Um die Ziele, auf die sich alle OSZE-Teilnehmerstaaten verpflichtet haben, bis Mitte des Jahrhunderts zu erreichen, ist es auch von zentraler Bedeutung, das Niveau der Finanzströme aus dem öffentlichen, privaten und nicht gewinnorientierten Sektor in Richtung der Prioritäten nachhaltiger Entwicklung zu erhöhen. So sollte eine gut regulierte „grüne Finanzierung“ private Investitionen in Wirtschaftsinitiativen lenken, die Umwelt- und Sozialrisiken besser steuern und gleichzeitig positive Renditen für die Investoren gewährleisten (Win-Win-Situation).

Klimawandel ist ein globales Problem, das ohne internationale Zusammenarbeit und Koordination zwischen lokalen, nationalen und internationalen Akteuren und politischen Entscheidungsträgern nicht zu bewältigen ist. Unsere 323 Parlamentarier, die über eine Milliarde Bürger vertreten, können auf allen Ebenen den Wandel vorantreiben und die Sicherheit verbessern. Als Brücke zwischen den Bürgern und ihren Institutionen spielen Parlamentarier eine entscheidende Rolle im Umgang mit der Krise, indem sie unter anderem einschlägige Rechtsvorschriften erlassen, angemessene Ressourcen mobilisieren, die Beteiligung der Öffentlichkeit fördern, regionenübergreifende Antworten erarbeiten und sicherstellen, dass internationale Verpflichtungen im Interesse aller Menschen konsequent eingehalten werden.

Auf unserem weiteren Weg müssen wir daher mit vereinten Kräften darauf hinwirken,

- *die Treibhausgasemissionen drastisch zu verringern,*
- *den Anteil erschöpfbarer Energieformen zu senken,*
- *wirksame Anpassungsstrategien zu entwickeln,*
- *eine starke Verbindung zwischen Technologie, Wissenschaft und Politik zu schaffen,*
- *die erforderlichen finanziellen Mittel zu mobilisieren und*
- *in allen Bereichen international zusammenzuarbeiten.*

Es liegt auf der Hand, dass die meisten entwickelten Länder und die größten Emittenten in diesem Bereich mit gutem Beispiel vorangehen sollen. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Entwicklungsländer vom Klimawandel am stärksten betroffen und gleichzeitig am wenigsten dafür verantwortlich sind. Keiner Bevölkerung sollten die Vorteile von Wirtschaftswachstum und Industrialisierung vorenthalten werden, und alle Länder sollten bei der Umsetzung der vereinbarten Verpflichtungen kooperieren, im Einklang mit dem Grundsatz der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und jeweiligen Fähigkeiten angesichts der unterschiedlichen nationalen Gegebenheiten.

3.3 Übergang zu sauberer Energie

Aufbauend auf dem Bericht des Allgemeinen Ausschusses für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt von 2021 und dem parlamentarischen Plädoyer für entschlossenen Klimaschutz vom 5. November hielt die Versammlung am 4. Februar 2022 einen parlamentarischen Webdialog über die Revolution der sauberen Energie und ihre Auswirkungen auf die OSZE-Region ab. Letztlich bestätigte der Webdialog die zentrale Bedeutung einer dekarbonisierten Energiepolitik für die europäische Sicherheit und bekräftigte die Entschlossenheit der Versammlung, sich in diesem Bereich, der wirtschaftliche und ökologische Sicherheitsaspekte miteinander verbindet, zu engagieren. Da der grüne Wandel mit allen seinen unvorhersehbaren kulturellen, wirtschaftlichen, sozialen und

sicherheitsrelevanten Auswirkungen gerade erst beginnt, müssen wir darauf achten und gemeinsam darauf hinwirken, dass sich die anstehenden Reformen und Investitionen in erster Linie an den Bedürfnissen der Menschen orientieren.

Damit das Ziel, den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, erreichbar bleibt – so sagen uns die Wissenschaftler und darauf haben sich die Führungsspitzen der Welt verpflichtet –, müssen bis zum Ende dieses Jahrzehnts die weltweiten Emissionen um die Hälfte reduziert werden.¹⁰ Da mehr als 70 Prozent der vom Menschen verursachten Treibhausgasemissionen aus dem Energiesektor stammen, kommt dessen „Ökologisierung“ bei der Bekämpfung des Klimawandels und der Umweltzerstörung eine Schlüsselrolle zu.¹¹ Demgemäß legten zum Abschluss des Klimagipfels COP26 in Glasgow 151 Länder neue Klimapläne vor, wonach sie ihre Emissionen bis 2030 ganz erheblich senken wollen. Um die Vereinbarung von Glasgow vollständig zu erfüllen, müssen sich die Investitionen in saubere Energie bis 2030 verdreifachen.

Zudem hat sich der globale Energiemarkt in letzter Zeit als zunehmend instabil erwiesen, wie die hohe Volatilität der Preise zeigt. Heute befindet sich Europa im Zentrum eines „Energiesturms“, der unter anderem durch eine Kombination aus Versorgungsengpässen, begrenzten Speicherkapazitäten, dem wirtschaftlichen Wiederaufschwung nach der COVID-19-Krise und den wirtschaftlichen Folgen des Kriegs in der Ukraine ausgelöst wurde.

So birgt der Übergang zu sauberen Energiequellen das Potenzial, die Energieabhängigkeit von ausländischen Erzeugern zu verringern und durch die Diversifizierung der Quellen und deren breitere Zugänglichkeit und Bezahlbarkeit die diesbezüglichen geopolitischen Spannungen zu minimieren. Die Verbesserung und Diversifizierung der Energieversorgung zugunsten saubererer Energiequellen ist daher unverzichtbar für die Gewährleistung stabiler und bezahlbarer Entwicklungsmöglichkeiten für alle menschlichen Bedürfnisse in der gesamten Region.

Die Energiewende ist also dringend notwendig und eines der wichtigsten Themen unserer Zeit. Beabsichtigt ist, den globalen Energiesektor von fossilen Energieerzeugungs- und -verbrauchssystemen (einschließlich Öl, Erdgas und Kohle) auf sauberere Energiequellen (wie erneuerbare Energien und CO₂-armen Wasserstoff) umzustellen, was allmähliche Veränderungen, strukturelle Brüche sowie systemische Verschiebungen impliziert.

Wie bei der industriellen und der digitalen „Revolution“ spielen Wissenschaft und Technologie auch bei der Energiewende eine zentrale Rolle. Die Energiewende sollte die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse und technologischen Entwicklungen nutzen, die unter anderem darauf gerichtet sind, die Energieeffizienz zu verbessern, die Energiekosten zu senken, neue Quellen sauberer Energie zu erschließen und wirtschaftlich nutzbar zu machen und vorhandene Emissionen abzuscheiden.

¹⁰ IPCC, 2018: Summary for Policymakers. In: Global Warming of 1.5°C. An IPCC Special Report on the impacts of global warming of 1.5°C.

¹¹ Net-Zero by 2050: A Roadmap for the Global Energy Sector, IEA, Mai 2021.

Auch Privatunternehmen und Bürgergenossenschaften kommt bei der Förderung des Übergangs zu sauberer Energie eine wesentliche Rolle zu. Damit bestehende Zielvorgaben für den Übergang erreicht werden, ist es wichtig, Anreize für private Initiativen zu schaffen und privates Kapital zu mobilisieren. Entscheidend für den Prozess ist zudem eine breite öffentliche Unterstützung für die Energiewende. Nach Möglichkeit sollte eine „Energiedemokratie“ durch soziale, partizipative und demokratische Parameter gefördert werden: Um Transparenz und eine breitere Mitverantwortung zu gewährleisten, müssen die Zivilgesellschaft und die Wirtschaft zwingend in Konsultations- und Entscheidungsprozesse auf lokaler wie nationaler Ebene eingebunden werden.

Bei gutem Management könnte die Energiewende außerordentliche Chancen für die Volkswirtschaften bieten. Gute Regierungsführung, wirtschaftliche Diversifizierung, sozialer Dialog, sozialer Schutz, die Verfügbarkeit von Mitteln für den Übergang sowie die Entwicklung von Kompetenzen sind wichtige Aspekte einer gerechten Energiewende. Schließlich wird die Reduzierung gefährlicher Emissionen die Umweltzerstörung und -verschmutzung mit ihren negativen Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit und damit auch auf die Staatsfinanzen verlangsamen.

Die Bedürfnisse und Belange der Bürger sollten in den Mittelpunkt des Energiewendeprojekts gestellt werden. Ferner muss dafür gesorgt werden, dass der Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft fair gestaltet und dass dabei niemand zurückgelassen wird. Die sozioökonomischen Auswirkungen des Übergangs sollten durch finanzielle Mechanismen und geeignete politische Vorgaben abgedeckt werden.

Die Parlamente müssen bei der Energiewende das Steuer in der Hand haben, da sie wichtige politische Entscheidungen beeinflussen beziehungsweise treffen können. Sowohl das Tempo als auch die Tiefe der Energiewende werden von ihren Entscheidungen bestimmt. Vor diesem Hintergrund kommt den Parlamenten die entscheidende Rolle zu, den Belangen der Bürger in diesem Prozess Rechnung zu tragen und sicherzustellen, dass die Bürger unterstützt, einbezogen und vertreten werden. Zum Beispiel sollten sie dafür sorgen, dass Kosten und Nutzen gleichmäßig auf die gesamte Gesellschaft verteilt werden und dass niemand zurückgelassen wird.

3.4 Umweltschutz und nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen

Seit Jahrzehnten sind durchgängig zwingende Zusammenhänge zwischen Umweltzerstörung und globaler Sicherheit zu erkennen. Umweltprobleme beeinträchtigen Menschen und Länder in vieler Hinsicht, auch wenn sie nicht zu direkten Konflikten führen. Die Folgen sind weitreichend und betreffen neben der Umwelt auch die öffentliche Gesundheit, die Wirtschaft, die Entwicklung, die Infrastruktur und andere Bereiche.

Zu befürworten wäre daher ein ganzheitlicheres und interdisziplinäres Konzept der Umweltsicherheit, bei dem der Schutz der Umwelt als Voraussetzung für eine wirksame Bewältigung der Gesundheits- wie auch der Klimakrise gesehen wird.

Die Welt steht vor mehreren großen Umweltkrisen, darunter Klimawandel, Verlust an biologischer Vielfalt, nicht nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen und

Verschmutzung. Diese bergen zahlreiche Risiken für die Gesundheit von Mensch und Tier in Form von Infektionen und nichtübertragbaren Krankheiten, Wasserknappheit und Problemen der Lebensmittelsicherheit. Besonders komplex ist zum Beispiel die Beziehung zwischen veränderten Umweltbedingungen und der menschlichen Gesundheit: Die Triebkräfte globaler Umweltveränderungen (zum Beispiel Landnutzungsänderungen, Ressourcenknappheit oder Klimawandel) können direkte Gesundheitsrisiken mit sich bringen oder Ökosystemleistungen beeinträchtigen, was dann die öffentliche Gesundheit beeinflusst.

Die erschreckenden und vielfach dokumentierten Auswirkungen der Verschmutzung auf die menschliche Gesundheit sind im Bericht des Jahres 2021 ausführlich dargelegt. In der Liste der Umweltfaktoren, die zu Krankheiten führen und die Lebenserwartung verkürzen, steht die Luftverschmutzung an erster Stelle. Statistisch gesehen ist der Verlust an Lebenserwartung infolge von Luftverschmutzung weltweit zehnmal höher als infolge von Gewalt jeglicher Art (einschließlich bewaffneter Konflikte oder häuslicher Gewalt). Insgesamt tötet Luftverschmutzung jedes Jahr schätzungsweise sieben Millionen Menschen, aber die jüngsten Zahlen sind noch besorgniserregender.

Mikro- und Nanoplastikpartikel sind in den letzten Jahren in allen Teilen der Welt und in verschiedenen Organismen gefunden worden. Schockierenderweise nimmt der menschliche Körper pro Woche im Durchschnitt bis zu 5 Gramm dieser Partikel auf. Die gesundheitlichen Auswirkungen einer solchen Exposition sind noch nicht untersucht worden, doch kamen namhafte Forscher aus den Niederlanden vor kurzem zu dem Schluss, dass multidisziplinäre Forschungsanstrengungen unter Einbeziehung von Wissenschaftlern aus Umwelt und Medizin sowie Polymerwissenschaftlern unternommen werden müssen, um sich mit dieser potenziellen Gesundheitsgefahr auseinanderzusetzen.¹² Zu diesem Zweck müssen Mikro- und Nanoplastikpartikel als ein Anliegen der öffentlichen Gesundheit untersucht und die Forschungsanstrengungen in dieser Richtung verstärkt werden.

Die ökologische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung hängt natürlich auch von der nachhaltigen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen unseres Planeten und der Förderung nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster ab. Daher sollten die OSZE-Teilnehmerstaaten sich verstärkt um den Schutz der Umwelt, die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen, einschließlich Böden, Wasser und Wälder, und die Erhaltung der Ökosysteme und der biologischen Vielfalt bemühen, unter anderem durch verbindliche Regelwerke.

Ein eklatantes Beispiel ist die arktische Region. Die globale Erwärmung verursacht Klimawandel und lässt die polaren Eiskappen schmelzen. Aus dem so gewonnenen Zugang zu natürlichen Ressourcen ergeben sich neue wirtschaftliche Möglichkeiten. Dies wiederum führt zu weiteren Umweltbesorgnissen hinsichtlich der Ausbeutung natürlicher Ressourcen in Gebieten mit sehr empfindlichen Ökosystemen. Globale Klimamaßnahmen müssen diesen Entwicklungen entgegenwirken, um einen weiteren Abtrag der Polkappe zu verhindern, die Versauerung der Meere zu bekämpfen und so natürliche Lebensräume und Fischgründe zu schützen. Ich begrüße die

¹² Vethaak D and Legler J, Science 2021, Gruber E et al., Journal Exposure & Health 2022.

Anstrengungen unserer Sonderbeauftragten für arktische Angelegenheiten, Frau Bryndis Haraldsdottir (Island), in diesem kritischen Kontext.

In dieser Hinsicht kommt der Kooperation und Koordination zwischen allen Akteuren und auf allen Ebenen, auch im Rahmen der Umsetzung internationaler Übereinkünfte, entscheidende Bedeutung zu. Das Übereinkommen zum Schutz des Mittelmeers vor Verschmutzung (Übereinkommen von Barcelona)¹³ ist dafür ein gutes Beispiel. Ich möchte lobend erwähnen, dass die OSZE/PV zum 1. Januar 2022 der Mittelmeer-Kommission der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung im Rahmen des Übereinkommens von Barcelona offiziell beigetreten ist. Als Forum für Erfahrungsaustausch und gemeinsames Lernen hilft die Kommission¹⁴ den Vertragsparteien beim Schutz der Umwelt und bei der Förderung einer Politik für nachhaltige Entwicklung im Mittelmeerraum, der integraler Bestandteil der OSZE-Region ist.

Da Umweltschäden – wie die nicht nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen, der Klimawandel und der Verlust an biologischer Vielfalt – am besten durch vorbeugende Maßnahmen zu vermeiden sind, ist es auch sehr wichtig, beim Umweltschutz einen viele Akteure einbeziehenden Ansatz, einschließlich eines Dialogs zwischen öffentlichem und privatem Sektor, Zivilgesellschaft und Wissenschaft, zu fördern.

In diesem Sinn kann eine gute öffentliche und unternehmerische Steuerung im Umweltbereich zu einer nachhaltigeren und ausgewogeneren sozioökonomischen Entwicklung beitragen.

Die Parlamente sollten daher eine gute Steuerung im Umweltbereich fördern, unter anderem indem sie zur Verbesserung des Umweltschutzes und der nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen einschlägige Rechtsvorschriften erarbeiten und die internationale Zusammenarbeit durch den Austausch von Erfahrungen und Erkenntnissen stärken.

4. WISSENSCHAFT UND TECHNOLOGIE

Wissenschaft und Technologie sind bei dem von uns angestrebten Wandel mächtige Verbündete. Von zentraler Bedeutung ist daher eine starke Verbindung zwischen Wissenschaft und Politik, auch um unsere politischen Entscheidungen zum Umgang

¹³ Das Übereinkommen zum Schutz des Mittelmeers vor Verschmutzung (Übereinkommen von Barcelona) wurde am 16. Februar 1976 in Barcelona angenommen und trat 1978 in Kraft. Das Übereinkommen von Barcelona wurde 1995 geändert und heißt seither „Übereinkommen zum Schutz der Meeresumwelt und der Küstengebiete des Mittelmeers“. Die Änderungen des Übereinkommens von Barcelona traten 2004 in Kraft.

¹⁴ Die Kommission ist in ihrer Zusammensetzung einzigartig: Ihr gehören nicht nur Regierungsvertreter, sondern auch lokale Behörden, sozioökonomische Akteure, nichtstaatliche Organisationen, zwischenstaatliche Organisationen, Wissenschaftler und Parlamentarier an. Alle Mitglieder der Kommission nehmen gleichberechtigt an ihren Beratungen teil. Die Kommission koordiniert insbesondere die Ausarbeitung der Mittelmeerstrategie für nachhaltige Entwicklung als strategisches Rahmendokument für alle Akteure und Partner zur Umsetzung der Agenda 2030 und der darin enthaltenen Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) auf regionaler, subregionaler, nationaler und lokaler Ebene.

mit dem Klimawandel, zur Förderung nachhaltiger Entwicklung sowie zum Schutz der Umwelt und der Gesundheit der Bürger besser zu untermauern.

Der potenzielle Missbrauch neuer Technologien, die für unser modernes Leben so wichtig geworden sind, wie zum Beispiel künstliche Intelligenz, birgt jedoch auch Sicherheitsrisiken.

4.1 Künstliche Intelligenz

Neue Technologien und insbesondere die künstliche Intelligenz (KI) haben unser Leben grundlegend verändert. Im OSZE-Raum bieten sie zahllose Chancen, stellen aber gleichzeitig neue Herausforderungen in Bezug auf Menschenrechte, Demokratie und die Belastbarkeit von Infrastrukturen dar. Solche Herausforderungen müssen kooperativ angegangen werden, da neue Technologien vor nationalen Grenzen kaum Halt machen.

Schwache KI¹⁵, bei der Algorithmen bestimmte Aufgaben ausführen, ist ein hilfreiches Instrument zur Erleichterung menschlichen Lebens in einer Vielzahl von Bereichen, von der Textübersetzung bis zur erfolgreichen Werbepplatzierung. Bei der starken KI, etwa humanoiden Robotern, scheint es sich dagegen eher um spektakuläre Gedankenspiele als um realistische Aussichten zu handeln. Und doch wird die Robotik den Arbeitsmarkt und unsere Pflegesysteme verändern und hat sie bereits erheblich verändert.

Wenn Drohnen Grenzpatrouillen übernehmen, wenn der Schutz vor terroristischen Bedrohungen, die Lebensmittel- und Wassersicherheit und die Energieversorgung zentralisierten künstlichen Intelligenzen anvertraut werden, kann uns Gefahr drohen. Marginale statistische Fehler mögen bei vielen alltäglichen KI-Anwendungen nicht dramatisch sein, aber bei kritischen Systemen ist höchste Präzision und Zuverlässigkeit gefordert. Technologie sollte niemals menschliche Erfahrung und menschliches Entscheiden ersetzen, vor allem nicht in kritischen Bereichen wie Verteidigung, Gesundheit und kritische Infrastrukturen.

Tatsächlich kann ein allzu schneller Digitalisierungsprozess ohne angemessene Backup-Systeme unsere Gesellschaften anfälliger für sporadische Systemausfälle und gezielte Cyberangriffe machen. Im Fall eines größeren Stromausfalls oder Sicherheitsangriffs könnten unsere Versorgungsketten und unsere Logistik-, Handels- und Zahlungssysteme stark gelähmt oder sogar stillgelegt werden. Um dagegen besser gewappnet zu sein, sollten die OSZE-Teilnehmerstaaten dafür sorgen, dass es funktionierende, analoge alternative Wirtschaftsprozesse und Backup-Pläne für kritische Versorgungsketten und Infrastrukturdienste gibt. Wir sollten auch weiterhin Wissenschafts- und Forschungsanstrengungen unterstützen, die darauf abzielen, die KI zu optimieren und sie besser auf menschliche Bedürfnisse zuzuschneiden.

¹⁵ Schwache KI ist eine spezielle Art der künstlichen Intelligenz, bei der ein Lernalgorithmus eine Einzelaufgabe ausführen soll und das dabei gewonnene Wissen nicht automatisch auf andere Aufgaben übertragen wird. Anders als die starke KI, die komplexe Denkprozesse nachzuahmen sucht, ist die schwache KI darauf ausgelegt, eine Einzelaufgabe ohne menschliche Hilfe erfolgreich zu erledigen.

Wenn KI Daten analysiert, müssen Fairness und Nichtdiskriminierung gewahrt und Verzerrungen ausgeschlossen werden. Wann immer KI eingesetzt wird, muss sie transparent, erprobt und zertifiziert sein, bevor sie auf den Markt kommt. Außerdem sollte die systematische maschinelle Erstellung von Personenprofilen im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt, Versicherungspolicen und vielen anderen für das Wohlergehen der Bürger wesentlichen Dienstleistungen als Verletzung persönlicher Rechte und Freiheiten betrachtet werden. Automatisierung und Profilerstellung können leicht missbraucht werden. Die Parlamente sollten eine Kennzeichnungspflicht für Prozesse einführen, bei denen eine Person mit KI und nicht mit Menschen zu tun hat.¹⁶

Ich begrüße die Arbeit des neuen Sonderbeauftragten der OSZE/PV für die digitale Agenda, Radu-Mihai Mihail (Rumänien), im Zusammenhang mit der Digitalisierung in dieser Hinsicht.

4.2 Kommunikation in einer digitalisierten Welt

Moderne Kommunikationsplattformen, die sich auf technologische Innovationen und die Digitalisierung stützen, tragen in hohem Maß zur verstärkten Bürgerbeteiligung am öffentlichen Diskurs bei und gewähren allen unbegrenzten Zugang zu Ressourcen und Informationen. Dies kommt der Demokratisierung, der Kooperation und der Selbstbestimmung der Bürger zugute und ermöglicht es Menschen auf der ganzen Welt, leicht miteinander zu kommunizieren. Durch den Missbrauch personalisierter Algorithmen, die bestimmte Inhalte im Newsfeed des Nutzers priorisieren, sind gleichzeitig verstärkt Desinformationen verbreitet worden, können Massen manipuliert und könnten Polarisierung und zivile Unruhen herbeigeführt werden. Dies stellt für die Sicherheit in der OSZE-Region eine sehr ernste Bedrohung dar.

Die OSZE-Teilnehmerstaaten sollten daher für die Plattformen der sozialen Medien Ziele definieren und Rechtsrahmen schaffen, um Manipulation und Desinformation zu bekämpfen und gleichzeitig die freie Meinungsäußerung vor Zensur und staatlicher Propaganda zu schützen. Ich begrüße die Arbeit des Sonderberichterstatters der OSZE/PV über Desinformation, Falschmeldungen und Propaganda, Oscar Mina (San Marino), in diesem Bereich.

Die Parlamentarier sollten ihre Aufmerksamkeit darauf richten, den Medienpluralismus und die Informationskompetenz der Bürger zu stärken, damit diese in der Lage sind, Falschmeldungen von Fakten zu unterscheiden und verifizierte Quellen zu erkennen. In Anbetracht ihrer Bedeutung und Wirkung in modernen Gesellschaften müssen die Aktivitäten der Plattformen der sozialen Medien durch klare, transparente und unparteiische Vorschriften geregelt werden, mit dem Ziel, Desinformation, Radikalisierung und Massenmanipulation, auch zu wirtschaftlichen Zwecken, zu verhindern, und mit einem starken Engagement für den Schutz der Redefreiheit.

In der Gemeinsamen Erklärung der Vereinten Nationen zu freier Meinungsäußerung und „Fake News“, Desinformation und Propaganda¹⁷ wird davor gewarnt, öffentliche

¹⁶ Vgl. Gesetz der EU über KI.

¹⁷ *UN Joint Declaration on Freedom of Expression and “Fake News”, Disinformation and Propaganda sowie Bericht (A/HRC/38/35) des ehemaligen Sonderberichterstatters der Vereinten Nationen über die Förderung und den Schutz des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, David Kaye.*

Aufgaben, wie den Schutz der freien Meinungsäußerung, an nicht rechenschaftspflichtige private Akteure auszulagern¹⁸; den Unternehmen wird empfohlen, auf hoher Ebene Grundsatzverpflichtungen zur Achtung der Menschenrechte ihrer Nutzer einzugehen¹⁹ und Maßnahmen zu ergreifen, die Transparenz, sinnvolle Rechenschaftslegung und eine Abhilfeverpflichtung garantieren, um die Fähigkeit Einzelner zur Nutzung von Online-Plattformen als Foren für freie Meinungsäußerung, Zugang zu Informationen und Engagement im öffentlichen Leben zu schützen²⁰.

Rechtliche Verpflichtungen für Unternehmen, Inhalte zu beschränken, sollten sich nicht auf vage oder komplexe Kriterien wie weit gefasste restriktive Gesetze über „Extremismus“ oder „beleidigende“ Äußerungen, „falsche Nachrichten“ und „Propaganda“ stützen. Bei allen Versuchen, Desinformation zu bekämpfen, müssen wir bedenken, dass die Redefreiheit ein grundlegendes Menschenrecht ist.

Vor allem der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Desinformation durch personalisierte Präferenzalgorithmen sowie vor emotionaler oder psychologischer Abhängigkeit durch sofortige Befriedigung muss eine Priorität sein. Die Verknüpfung von Wirtschaft, Technologie und Bildung künftiger Generationen wird zu einem sektor- und regionenübergreifenden Sicherheitsanliegen, das ein starkes Engagement der Regierungen und Parlamente in der gesamten OSZE-Region erfordert.

¹⁸ Ziff. 1.

¹⁹ Ziff. 11 b).

²⁰ Ziff. 64.